Collage: Zani Arkadina

Hunderttausende Menschen aus den am Ukraine-Krieg beteiligten Staaten haben in den letzten beiden Jahren beschlossen, sich dem Militärdienst und einem möglichen Einsatz an der Kriegsfront zu verweigern.

Militärdienstpflichtige und Soldat*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine sagen NEIN zu Krieg und Kriegsbeteiligung

Sie sagen „Ohne Uns“ und sind in Nachbarstaaten oder die Europäische Union geflohen, um Schutz zu suchen. Eine solche Kriegsdienstverweigerung kann immer auch als ein politischer Akt gegen den Krieg gesehen werden, aber nur wenige Verweiger*innen gehen damit an die Öffentlichkeit.

Ein Grund dafür ist, dass ihnen sowohl in Russland und Belarus, wie auch in der Ukraine Strafverfahren drohen. In der Ukraine wurden Kriegsdienstverweiger*innen zu Strafen zwischen einem und vier Jahren Haft verurteilt, in Russland sogar zu 13 Jahren. In Belarus droht Deserteur*innen sogar die Todesstrafe.

Wie hoch der politische Druck auf Kriegsdienstverweiger*innen ist, zeigt die Verfolgung des ukrainischen Pazifisten und Kriegsdienstverweigerers Yurii Sheliazhenko oder die Androhung des ukrainischen Präsidenten Wolodomyr Selenskyj, Auslieferungsanträge für geflohene Militärdienstpflichtige an die Europäische Union zu stellen. Auch diejenigen, die ins Ausland fliehen konnten, sind gefährdet, wie der Fall der belarussischen Menschenrechtsverteidigerin Olga Karatch verdeutlicht, deren Asylantrag in Litauen abgelehnt wurde.

Mittlerweile sind mehr als 250.000 Militärdienstpflichtige aus Russland ins Ausland geflüchtet, 3.500 von ihnen nach Deutschland. Aus Belarus sind über 22.000 Militärdienstpflichtige geflohen. Obwohl das Bundesinnenministerium zusicherte, dass russische Deserteur*innen einen Flüchtlingsschutz in Deutschland erhalten, müssen die meisten Verweiger*innen noch immer um einen legalen Aufenthalt kämpfen. In Asylverfahren werden sie in der Regel abgelehnt, besonders wenn sie frühzeitig vor einer Einberufung geflohen sind. Die Anerkennungschancen für Belaruss*innen sind noch geringer. Und das, obwohl das Europäische Parlament im Februar 2023 die Mitgliedsstaaten der EU aufgefordert hatte, Russ*innen und Belaruss*innen Asyl zu gewähren, die wegen ihrer Proteste gegen den Krieg, ihrer Verweigerung des Militärdiensts oder ihrer Desertion verfolgt werden.

Auch mehr als 175.000 Militärdienstpflichtige aus der Ukraine haben in den letzten beiden Jahren Schutz in der EU gesucht. Sie erhalten derzeit einen befristeten humanitären Aufenthalt, der sie bis März 2025 vor Verfolgung schützt.

Wir fordern angesichts des Krieges in der Ukraine Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine. Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung – das der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Jahr 2011 bestätigt hat – muss auch in Kriegszeiten Gültigkeit haben. Niemand darf gezwungen werden, gegen seinen Willen zu töten.

Die Kriegsdienstverweiger*innen aus dieser Beilage halten der Öffentlichkeit einen Spiegel vor: Sie zeigen auf, dass die Verweigerung des Kriegsdienstes eine Strategie des Widerstands sein kann: Gegen die Kriegspolitik des russischen Regimes, wie Danil erklärt, und gegen Nationalismus und die militärische Logik der Gewalt, wie Vladimir ergänzt. Andere wie Dimitri verweigern, um nicht gegen Freund*innen oder Familienangehörige zu kämpfen, um das eigene Leben zu schützen oder nicht töten zu müssen – die Gründe sind zahlreich. Kriegsdienstverweiger*innen erinnern uns an das Recht auf Selbstbestimmung und machen Mut, sich der Rekrutierung und Beteiligung an Kriegen zu widersetzen.

Machen Sie mit

Solidarität mit allen, die sich dem Krieg verweigern

Bitte unterstützen Sie unsere Forderungen an die deutsche Bundesregierung und Europäische Union, allen Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen und aus Russland und Belarus Schutz und Asyl zu gewähren. Unterstützen Sie die Forderung an die ukrainische Regierung, die Verfolgung von Kriegsdienstverweiger*innen einzustellen.

- Unterzeichnen Sie den online-Aufruf an die Europäische Union
- Senden Sie eine eMail an führende Politiker*innen der Europäischen Union
- Nehmen Sie teil an den Aktionswochen zum Internationalen Tag der Menschenrechte im Dezember 2023 und am Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung am 15. Mai 2024
- Helfen Sie bei der Verbreitung unserer Kampagne. Infomaterial kann in den Onlineshops von Connection e.V. und DFG-VK online oder telefonisch bestellt werden

www.objectwarcampaign.org

April 2023 in Athen. Foto: Connection e.V.

Kommentar

Das Recht zu gehen

Karoline Schaefer ist Referentin für kritische Nothilfe bei medico international e.V.

medico international setzt sich im Kontext des Krieges für ein umfängliches und unterschiedsloses Recht aller ein, zu gehen und hier zu bleiben.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht – das wurde im Jahr 2011 in einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bestätigt. Trotzdem wird dieses Recht weltweit immer wieder Menschen verweigert, die zum Militärdienst gezwungen werden. Aktuell geschieht dies sowohl in Russland als auch in der Ukraine. In beiden Ländern hat sich die Situation für Personen, die sich dem Kriegsdienst aus moralischen Gründen entziehen wollen, seit Beginn der russischen Invasion der Ukraine im Februar 2022 massiv verschlechtert.

Karoline Schaefer

In Russland sind Verweigerung oder Desertion oft mit hohen Strafen belegt, gleichzeitig ist es für fliehende Kriegsdienstverweigerer weiterhin sehr schwer, in europäischen Ländern Asyl zu bekommen. Das ist skandalös, denn wenn das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht unweigerlich mit dem Recht auf Asyl einhergeht, gibt es keinen effektiven Schutz vor Zwangsrekrutierung.

Auch die ukrainische Regierung hat mit der im Februar 2022 verkündeten allgemeinen Mobilmachung das Recht auf Kriegsdienstverweigerung suspendiert und mit einem Ausreiseverbot für alle Männer im wehrpflichtigen Alter verknüpft. Ausnahmen gibt es nur wenige – und in der Perspektive wahrscheinlich immer weniger. Aus beiden Ländern hört man von (Zwangs-)Rekrutierungen auf der Straße und von gewaltsamen Verhaftungen bei Versuchen, wegen der Wehrpflicht über die Landesgrenzen zu fliehen. Auch vor diesem Hintergrund setzt sich medico im Kontext des Krieges für ein umfängliches und unterschiedsloses Recht aller, zu gehen und hier zu bleiben, ein. So unterstützen unsere Partnerorganisationen seit Beginn der russischen Invasion die Versorgung von Geflüchteten in der Ukraine und in Nachbarländern und engagieren sich für sichere Fluchtwege und langfristige Bleibeperspektiven. Zudem unterstützen sie russische Wehrpflichtige darin, sich der Teilnahme am Krieg zu entziehen, organisieren Rechtsbeistand und schaffen Zufluchtsorte.

Connection e.V. · DFG-VK · NaturFreunde Deutschlands · PRO ASYL DER EINZELFALL ZÄHLT. · pax christi · Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. · CIVIVA · graswurzel revolution · Netzwerk Friedenskooperative · GRUNDRECHTE KOMITEE.de Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

Es ist ein krimineller Krieg

Der russische Kriegsdienstverweigerer Danil kam im Januar 2022 mit einem Besuchsvisum nach Deutschland. Nach Kriegsbeginn entschied er sich, Asyl zu beantragen.

Wie hast Du den Kriegsbeginn erlebt?
Im Februar 2022 fing der Krieg an. Mir wurde klar, dass ich nicht gehen wollte. Ich bin gegen den Krieg, gegen das Regime von Putin. Schon vorher hatte ich mich öffentlich geäußert und habe an Kundgebungen teilgenommen. Ich will nicht in den Krieg gehen. Für mich ist das ein krimineller Krieg, eine mit absolut Nichts provozierte Aggression Russlands. Ich will nicht daran mitwirken, ich möchte das nicht und ich werde das nicht tun. Zudem: Ich will niemanden töten, nicht getötet werden. Das ist meine grundsätzliche Haltung dazu.

Warum hast Du Asyl beantragt?
Asyl zu beantragen war für mich die einzige Chance, hier bleiben zu können. Nach einer Anhörung wurde mein Antrag vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgelehnt. Ich habe dagegen Klage erhoben. Bis jetzt hat sich nichts weiter getan.

Warst Du vorher schon beim Militär?
Ja. Das war das schlechteste Jahr meines Lebens, ein Jahr sinnloser Leere. Ich musste meine Militärdienstpflicht erfüllen und bin deshalb hingegangen. Und ich habe erlebt, wie korrupt das Militär ist.
Im September 2022, nach der Erklärung der Teilmobilmachung, erhielt ich einen Einberufungsbescheid. Ich sollte mich beim Militär einfinden und an die Front gehen. Ich wusste schon vorher, dass sie mich einziehen würden und dann wurde ich tatsächlich einberufen.

Wie erlebst Du Deine Zeit hier in Deutschland?
Ich bin Deutschland sehr dankbar für die Möglichkeit, hier sein zu können. Ich bin selbst dafür dankbar, dass ich gegen die Ablehnung im Asylverfahren klagen kann. Jetzt nutze ich die Zeit, die Sprache zu lernen, im Frieden zu leben und hoffe, dass ich hier aufgrund meiner Überzeugung gegen den Krieg bleiben kann.
Ich erlebe die deutsche Gesellschaft als besonnen. Sie basiert auf gemeinsamen Grundlagen, gemeinsamen Rechten. Auch Russen, die nach Deutschland kommen und Asyl beantragen, werden so wie alle anderen behandelt. Ich habe keine Anfeindungen wegen meines Passes erlebt.

Was möchtest Du hier machen?
Ich kenne in Deutschland viele russische Menschen, die in einer ähnlichen Situation sind wie ich, die entweder gerade ankommen oder im Asylverfahren stecken. Ich glaube, es ist sehr wichtig, sich auszutauschen und den Menschen das Gefühl zu geben: Sie sind nicht alleine. Ich möchte anderen Menschen helfen. Das Regime von Putin will mit der Propaganda den Eindruck vermitteln, dass die Menschen in Russland das Regime unterstützen. Aber das ist nicht die Wahrheit.
Für mich ist es wichtig, mich zu zeigen und meine Geschichte zu erzählen. Das sollten auch andere Russen machen. Sie sollten sich zeigen, sie sollten zeigen, dass sie nicht einverstanden sind mit dem Krieg, nicht kämpfen wollen. Diejenigen, die gegen den Krieg von Putins Regime sind, sollten zusammen an die Öffentlichkeit gehen.

Das Interview führte Rudi Friedrich

Notwendig ist ein Schutz für Verweiger*innen

Russ*innen, die sich dem Kriegsdienst im Ukraine-Krieg entziehen, sollten ohne Wenn und Aber in Deutschland Zugang zu Schutz erhalten. Das fordert das Netzwerk der #ObjectWarCampaign von der Bundesregierung und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Insgesamt haben seit Beginn des Krieges etwa 3.500 militärdienstpflichtige Männer aus Russland in Deutschland Asyl beantragt. Das Bundesinnenministerium teilte im September 2023 mit, dass bei nur 400 Anträgen das Asylbegehren geprüft worden sei. 90 wurden anerkannt, der Rest in der Regel abgelehnt. 1.100 Anträge wurden aus sogenannten formellen Gründen erledigt, das Asylbegehren gar nicht geprüft.
Viele Menschen fragen sich, warum es so wenige Anerkennungen gibt? Sie sagen, wer sich einem völkerrechtswidrigen und verbrecherischen Krieg verweigert oder entzieht, sollte Schutz erhalten. Es wäre doch widersinnig, sie abzulehnen und dann nach Russland abzuschieben, wo ihnen eine Rekrutierung für den Krieg droht.
So hatten auch Politiker*innen der verschiedensten Parteien Hoffnung gesät. „Ich bin dafür, diesen Menschen Schutz anzubieten“, so Bundeskanzler Olaf Scholz.

© Aktion in Berlin, 15. Mai 2023

Die Parlamentsgeschäftsführerin der Grünen, Irene Mihalic, hatte erklärt: „Wer sich als Soldat an dem mörderischen Angriffskrieg nicht beteiligen möchte und deshalb aus Russland flieht, dem muss in Deutschland Asyl gewährt werden.“
Warum aber sieht die Praxis in Deutschland und anderen EU-Ländern anders aus?

Formelle Erledigung

Bei der Mehrzahl der Anträge wurde den Betroffenen mitgeteilt, dass ein anderes europäisches Land für die Prüfung zuständig sei. Grund dafür ist nach der Dublin-III-Verordnung zum Beispiel, dass sie ein Visum dieses Landes erhalten hatten.
So war es auch Nikita R. ergangen. Er hatte in Polen gearbeitet und war nach Ablauf des Visums nach Deutschland gekommen um Asyl zu beantragen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entschied, dass Polen den Asylantrag zu prüfen habe und Nikita R. dorthin abgeschoben werden solle. Nikita R. hatte jedoch große Sorge, dass es ihm genauso ergehen wird wie seinem Freund Viktor. Dieser hatte in Polen einen Asylantrag gestellt, wurde abgelehnt und musste nach Russland zurückkehren. Dort wurde er sofort einberufen, wenige Wochen später starb er an der Front.
Nikita R. hatte Glück. Eine Kirchengemeinde in Neuenhagen bei Berlin bot ihm Kirchenasyl an. Im Oktober 2023 hob das Bundesamt schließlich den Bescheid auf. Nun muss das Asylverfahren von ihm in Deutschland durchgeführt werden.

In der Regel kein Asyl

Das allerdings wird schwierig genug. Nach Kenntnis von Connection e.V. und PRO ASYL erfolgen die meisten Ablehnungen vor allem bei Asylsuchenden, die zwar vor ihrer wahrscheinlichen Einberufung geflohen sind, aber noch keine entsprechende Aufforderung erhalten hatten. Nur Deserteure haben eine Chance. Das Bundesinnenministerium hatte dies im Mai 2022 damit erklärt, dass deren Desertion „als aktives Bekunden gegen die Kriegführung als Ausdruck einer oppositionellen Überzeugung gewertet“ werde.
Der größte Teil der militärdienstpflichtigen Asylantragsteller aus Russland hat sich jedoch schon vorzeitig einer möglichen Rekrutierung entzogen. „Sie wollten sich nicht der Gefahr aussetzen“, so Wolfgang Burggraf von der Ev. Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung, „direkt an die Front gebracht zu werden. Das wird ihnen nun zum Verhängnis.“

Rudi Friedrich von Connection e.V. ergänzt dies: „Es soll zwar inzwischen eine neue Richtlinie zur Beurteilung der Asylanträge von russischen Militärdienstflüchtigen geben. Aber die bestehende Praxis geht weiter. Sie werden in den Asylverfahren abgelehnt, weil eine Einberufung ‚nicht beachtlich wahrscheinlich‘ sei. Es wird nicht anerkannt, dass sie sich einem völkerrechtswidrigen Krieg entzogen haben und daher Flüchtlingsschutz erhalten sollten.“

Zugang wird verwehrt

Ein zusätzliches Problem ist die restriktive Vergabe von Visa. Es gibt praktisch keine sicheren Einreisewege für russische Deserteur*innen und Verweiger*innen. Bereits Mitte Juli 2023 hatten Abgeordnete des EU-Parlaments fraktionsübergreifend auf ihre kritische Lage hingewiesen und gefordert, „die Leitlinien für die Erteilung von Einreisevisa für Russen anzupassen.“
Tareq Alaows, flüchtlingspolitischer Sprecher von PRO ASYL, mahnt das an: „Es ist nicht nur notwendig, sich zu dem Schutz von russischen Kriegsdienstverweiger*innen zu bekennen. Wir müssen den Weg zu diesem Schutz durch die Vergabe von humanitären Visa in den Auslandsvertretungen auch umsetzen.“

Russland

Razzien und Einberufungen in den Krieg

Am 21. September 2022 hatte der russische Präsident Wladimir Putin eine Teilmobilmachung erklärt. Schon am nächsten Tag gab es eine breite und willkürlich durchgeführte Rekrutierungswelle. Wie sieht es ein Jahr später aus? Die aus Georgien arbeitende russische Organisation Idite Lesom berichtet.

Russische Luftwaffe. Foto: Teresa H. Hawkins, Wikimedia

Bei der Mobilisierung kam es vom ersten Tag an zu groben Rechtsverstößen. Einberufen wurden auch Väter mit vielen Kindern, Behinderte und Menschen ohne jegliche militärische Erfahrung. Darüber hinaus traf die Mobilisierung besonders stark bestimmte Provinzen wie Burjatien oder Jakutien . Dort wurde die Mehrheit der Männer einberufen und an die Front gebracht.
Es folgte eine massenhafte Flucht vor der Einberufung. Zudem entschlossen sich immer mehr Soldat*innen zur Desertion. Allein mit unserer Hilfe konnten 507 Deserteur*innen das Land verlassen.
Anfang November 2022 erklärte Putin das Ende der Mobilisierung. Dann begann die reguläre Herbsteinberufung, die wieder mit eklatanten Verstößen einherging und sich nur wenig von der Teilmobilmachung unterschied. Wieder gab es Razzien in Wohnheimen, Clubs und Universitäten.
Im April 2023 beschloss das russische Parlament, die Duma, verschiedene Gesetzesänderungen. Seitdem können die Einberufungsbescheide auch über das staatliche online-Portal „Gosuslugi“ versandt werden.

Im Frühjahr 2023 gab es dann eine neue Welle von Razzien im ganzen Land. Nun wurden auch Wohnungen und Häuser durchsucht. In Moskau wurden junge Menschen in Handschellen abgeführt und zwangsweise zu den Einberufungsbüros gebracht.
Die Duma beschloss weitere Maßnahmen. Das Höchstalter der Wehrpflichtigen wurde auf 30 Jahre heraufgesetzt. Die Strafandrohung bei Desertion wurde erhöht.
Es wurde aber auch schnell klar, dass die repressiven Gesetze nicht den gewünschten Erfolg haben. Deserteure, die aufgespürt und verhaftet wurden, landeten oft nicht im Gefängnis, sondern in der selben Militäreinheit, aus der sie geflüchtet waren. Ihnen wurde angeboten, dass kein Verfahren eröffnet wird, wenn sie sich bereit erklären, an die Front zurückzukehren.
Was all dies für die anstehende Herbsteinberufung bedeutet, ist noch nicht abzusehen. Die in den letzten Monaten beschlossenen Änderungen werden jetzt nach und nach umgesetzt. Es wird sich zeigen müssen, welche Strategien unter den veränderten Umständen helfen können, zu überleben und sich nicht an dem verbrecherischen Krieg zu beteiligen.

Ein Monat im internationalen Netzwerk

Das Netzwerk der #ObjectWarCampaign besteht aus mehr als 100 Organisationen europaweit. Wie arbeiten diese Organisationen zusammen?

1. Oktober: Der Internationale Versöhnungsbund Italien berichtet über den am Tag zuvor durchgeführten Aktionstag zur #ObjectWarCampaign in Turin.
www.facebook.com/AGiTEPiemonte

2. Oktober: Telefonkonferenz mit medico international zur Weiterentwicklung der Projekte in Georgien.

3. Oktober: Die Grüne Alternative tritt dem Netzwerk bei und veröffentlicht eine Petition an den Deutschen Bundestag. Zudem bereitet die Gruppe ein Webinar für den kommenden Monat vor, auf dem Aktive und Kriegsgegner*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine gemeinsam über Alternativen zur Kriegspolitik diskutieren. **gruenealternative.de**

3. Oktober: Das Verfahren gegen den Geschäftsführer der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung wird fortgesetzt. Ihm wird stellvertretend für die Gruppe vorgeworfen, in einer Erklärung „die russische Aggression zu rechtfertigen". Darin wurde sie jedoch ausdrücklich verurteilt. Zu seiner Unterstützung führen Aktive in Berlin eine Mahnwache vor dem ukrainischen Konsulat durch. Das Verfahren wird vertagt, weil der Staatsanwalt nicht auftaucht.
www.facebook.com/profile.php?id=61551953102834

5. Oktober: Treffen mit Danil und Vlad, zwei russischen Kriegsdienstverweigerern. Wir machen Interviews und Videos, um ihre Geschichte bekannter zu machen. Unterstützt werden die Beiden in Düsseldorf von der Flüchtlingshilfsorganisaton Stay! **objectwarcampaign.org**

6. Oktober: Zum einjährigen Bestehen von Idite Lesom! schreibt die im Exil in Georgien arbeitende russische Gruppe, dass sie seit ihrem Bestehen mehr als 15.000 Personen unterstützt hat, die vor dem Kriegseinsatz geflohen sind. **iditelesom.org**

8. Oktober: Auf der neu gestalteten Website der #ObjectWarCampaign werden Länderporträts zu Russland, Belarus und Ukraine eingestellt, in Deutsch, Englisch und Russisch. **objectwarcampaign.org**

10. Oktober: Im Rahmen eines Austauschs von jungen Kriegsgegner*innen aus Deutschland und Belarus führt die Vereinigung Vernetzung Partizipation e.V. in Berlin vor dem Bundestag eine Graffitiaktion durch und fordert Asyl für Kriegsdienstverweiger*innen aus Belarus ein.
vernetzungpartizipation.noblogs.org

12. Oktober: Der UN-Menschenrechtskommissar ruft zu Stellungnahmen zur Praxis des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung auf. Nach einem Vorbereitungstreffen schicken Gruppen aus verschiedensten Ländern in den darauf folgenden zwei Wochen ausführliche Berichte an die UN. Connection e.V. erarbeitet eine Stellungnahme zu Asyl und Kriegsdienstverweigerung, da die Verfolgung wegen Kriegsdienstverweigerung nach wie vor in der Regel nicht als Asylgrund anerkannt wird.
connection-eV.org/article-3913

12. Oktober: Es finden Lobbygespräche mit Abgeordneten im Bundestag und dem Europäischen Parlament statt.

14. Oktober: Nash Dom veröffentlicht einen ausführlichen Bericht zur Militärdienstverweigerung und Verfolgung von Kriegsdienstverweiger*innen in Belarus.
nash-dom.info

15. Oktober: Zahlreiche Presseanfragen gehen ein, vor allem zu der Ankündigung der ukrainischen Regierung, Auslieferungsanträge bei flüchtigen Militärdienstpflichtigen stellen zu wollen. Gemeinsam mit PRO ASYL stellen wir klar, dass nach dem Europäischen Auslieferungsübereinkommen eine Auslieferung bei Militärstrafvergehen ausdrücklich ausgeschlossen ist.
connection-ev.org/article-3859

18. Oktober: Der russische Kriegsdienstverweigerer Nikita R. kann nach einem halben Jahr das Kirchenasyl wieder verlassen. Er kann nun nicht mehr nach Polen abgeschoben werden. Stattdessen muss Deutschland das Asylverfahren durchführen.
objectwarcampaign.org

18. Oktober: Die russische Bewegung für Kriegsdienstverweigerung veröffentlicht den monatlichen Bericht mit Informationen zur Einberufung, Gesetzesänderungen sowie einer Petition an die Europäische Union zur Unterstützung der Kriegsdienstverweigerer aus Russland. **stoparmy.org**

20. Oktober: Aktive aus dem Netzwerk unterstützen Yurii Sheliazhenko und andere Kriegsdienstverweigerer aus der Ukraine dabei, persönliche Eingaben an das UN-Menschenrechtskomitee zu senden.
www.pacifism.org.ua - **www.wri-irg.org**

20. Oktober: Mit einem online-Treffen wird die Kampagne #protection4olga weiter vorangetrieben, damit die belarussische Menschenrechtsaktivistin Olga Karatch in Litauen Asyl erhält.

21. Oktober: Über das Netzwerk wird der Flug einer Aktivistin der Bewegung für Kriegsdienstverweigerung Russland zu einer Konferenz nach Südkorea finanziert. Dort wird es auch um das Schicksal russischer Deserteur*innen gehen, die nach Südkorea geflohen sind und dort Asyl suchen.
connection-ev.org/ProjektSuedkorea

25. Oktober: Mit einem online-Treffen werden die Aktionswochen der #ObjectWarCampaign im Dezember 2023 vorbereitet. Zum jetzigen Zeitpunkt sind an über 20 Orten in fünf Ländern Aktionen geplant. **objectwarcampaign.org**

28. Oktober: Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung führt ein europaweites Treffen auf Zypern durch. 30 Organisationen diskutieren die nächsten Schritte und Projekte der #ObjectWarCampaign. **www.ebco-beoc.org**

31. Oktober: Im Oktober gingen allein bei Connection e.V. 56 Anfragen über Kriegsdienstverweigerung, Desertion und Asyl zu Russland, Belarus und Ukraine ein.
connection-ev.org/get.out.now

31. Oktober: Der Telegram-Kanal zu Asyl und Kriegsdienstverweigerung ist weiter sehr gefragt: **Connection e.V. на русском**:
t.me/connection_ev
www.objectwarcampaign.org

Hört nicht auf die Propaganda

Vladimir aus Sankt Petersburg bekam im September 2022 eine Einberufung. Er floh nach Deutschland. Sein Asylverfahren ist noch anhängig.

Warum hast Du Russland verlassen?
Ich wurde in die Armee einberufen. Ich sollte am Krieg teilnehmen. Das wollte ich nicht. Ich floh und konnte fünf Tage später Deutschland erreichen.

Warum widersetzt Du Dich dem Militärdienst?
Ich bin der Überzeugung, dass jeder Krieg geführt wird, um Macht zu erlangen oder um sich zu bereichern. Der Gesellschaft wird etwas anderes erzählt. Es wird an den Patriotismus oder Nationalismus appelliert. Diese Propaganda sorgt dafür, dass sich die Gesellschaft an einem Krieg beteiligt. Ich will aber kein Rädchen im Getriebe sein, kein Instrument in den schmutzigen Händen eines anderen.
Ich bin auch gegen jede Form der Aggression. Das fängt für mich schon bei einer Prügelei auf der Straße an. Das ist mir zuwider. Wenn es ein Problem gibt, sollte das mit Worten gelöst werden. So sehe ich das.

Woher nimmst Du den Mut, dies alles zu sagen?
Für viele ist das schwierig. Die Leute haben Angst. Mit meinem Beispiel will ich zeigen, dass man keine Angst haben muss, dass man sich trauen kann, seine Meinung zu sagen. Wenn wir alle nur dasitzen und schweigen, kann sich nichts Gutes entwickeln. Wenn wir aber unsere Meinung öffentlich machen, gibt es eine Chance.

Was ist Dir im Moment besonders wichtig?
Am allermeisten wünsche ich mir im Moment eine positive Entscheidung meines Asylantrags. Gerade hänge ich in der Luft, denn ich weiß nicht, ob ich bleiben kann oder nicht.
Wenn ich die Möglichkeit erhalte, hier zu bleiben, wäre es mir wichtig, der Allgemeinheit etwas zurückzugeben. Ich will den Menschen in Deutschland meine Dankbarkeit zeigen. So wie mir viele von ganzem Herzen geholfen haben, so will ich danach ein hilfreiches Mitglied der Gesellschaft sein, etwas Sinnvolles tun.

Du bist in der Ukraine geboren worden. Hast Du in Russland Anfeindungen erlebt?
Ich bin in der Ukraine geboren worden. Mit drei Jahren kam ich nach Russland. Woher komme ich nun? Bin ich Ukrainer? Bin ich Russe? Ich habe nie einen Unterschied gemacht, für mich war es das Gleiche. Und nun haben sie uns entzweit. Sie sagen praktisch zu mir: „Nimm das Gewehr und töte Deine Großmutter".
Als der Krieg begann, sagten einige Kollegen und sogar manche Freunde zu mir: „Du bist doch in der Ukraine geboren… Du bist doch ein Spion?" Und sie fingen an mich zunehmend zu bedrängen, bis ich sogar dazu gezwungen war, mit ihnen zu brechen.
Jetzt ist es leider so … die Menschen sind gespalten, die eine Seite sieht die andere nicht. Und mir scheint, dass das nicht von den Menschen selbst kommt. Es ist künstlich erschaffen. Deshalb sage ich: Leute, hört nicht auf die Propaganda!

Das Interview führte Zani Arkadina

Im Porträt

Belarus: Initiatorin der Kampagne *Nein heißt Nein*

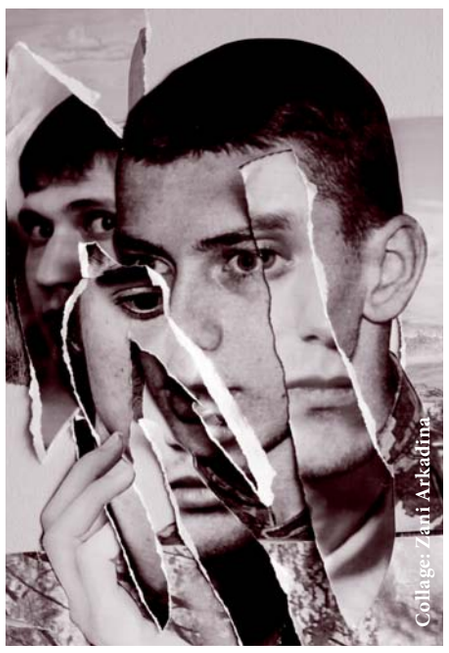
Olga Karatch hatte mit ihrer Organisation Nash Dom (Unser Haus) zu Beginn des Krieges gegen die Ukraine die Kampagne *No means No* ins Leben gerufen.

Nash Dom verband damit das Ziel, die belarussische Regierung und das Militär daran zu hindern, sich am Krieg zu beteiligen. Im Februar 2022 meldeten sich nur 6.000 von 43.000 einberufenen Militärdienstpflichtigen zum Dienst. Ein großer Erfolg der Kampagne. Über 20.000 verließen das Land Richtung Litauen oder Georgien. Es ist davon auszugehen, dass Nash Dom damit wesentlich dazu beigetragen hat, dass Belarus bislang nur indirekt – und nicht mit eigenen Truppen – am Krieg im Nachbarland Ukraine beteiligt ist.
Belarus ist stark militarisiert. Über Trainingsprogramme, Ferienlager und mehr als 50 militärisch-patriotische Clubs werden schon Kinder zwischen 7 und 16 Jahren auf das Militär vorbereitet. Allein im Sommer 2022 waren über 18.000 Kinder in solchen Ferienlagern.
Olga Karatch ist das Gesicht der Menschenrechtsorganisation. Für ihr unermüdliches Engagement erhielt die Politikwissenschaftlerin den Bremer Friedenspreis und den Menschenrechtspreis der Stadt Weimar.
Nash Dom hatte sich auch für verschiedene belarussische Kriegsdienstverweigerer eingesetzt, die in Litauen Schutz suchen. Diese wurden von den litauischen Behörden abgelehnt, wenn sie zuvor im belarussischen Militär oder bei den Sicherheitskräften waren. Nur über internationale Kampagnen, die von Nash Dom vorbereitet wurden, konnte in einigen Fällen eine sofortige Abschiebung verhindert werden.
Gemeinsam mit dem Verein für Vereinigung, Vernetzung und Partizipation führte Nash Dom dieses Jahr einen Jugendaustausch mit Aktiven aus Deutschland und Kriegsgegner*innen aus Belarus sowie der Ukraine durch, die nach Vilnius flüchten mussten. Im Rahmen dieses Austausches besuchte die Gruppe Abgeordnete des Bundestages und führte vor dem Bundestag eine Aktion durch, um die #ObjectWarCampaign zu unterstützen.
Nash Dom muss aufgrund der Repressionen in Belarus von Litauen aus arbeiten. Olga Karatch hatte daher dort Asyl beantragt. Am 18. August wurde der Antrag abgelehnt, weil sie eine „Bedrohung für die nationale Sicherheit der Republik Litauen darstelle". Ihr wurde nur ein vorübergehender Aufenthalt für zwei Jahre gewährt. Dieser Status gibt ihr keine Sicherheit, eine Abschiebung ist möglich. Aufgrund ihres Engagements wird sie in ihrem Herkunftsland als „Terroristin" bezeichnet. Es droht ihr sogar die Todesstrafe.
Connection e.V., das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung, der Internationale Versöhnungsbund und War Resisters' International fordern Schutz und Asyl für die Menschenrechtsaktivistin. Die Organisationen rufen auf, Protestschreiben an die litauischen Behörden zu senden
https://tinyurl.com/45sbp2pp.

Beide Völker liegen mir am Herzen

Dimitri M.* konnte im September 2022 die Ukraine verlassen und ist mit seiner Familie seitdem in Georgien. Die Familie versucht, ein Visum nach Kanada zu erhalten.

Warum hast Du die Ukraine verlassen?
Ich bin wegen des Krieges mit meiner Familie geflohen. Ich möchte nicht in den Krieg ziehen. Als Vater möchte ich nicht, dass mein Sohn in einem Land aufwächst, in dem es Krieg und Propaganda für Gewalt gibt. Noch habe ich hier keine Einberufung aus der Ukraine erhalten, aber ich kann mir vorstellen, dass dies passieren wird.
Meine Frau und mein Sohn sind russische Staatsbürger. Meine Frau hat in der Ukraine eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung. Aber aufgrund unserer politischen Überzeugungen können wir auch nicht nach Russland gehen.


Collage: Zani Arkadina

Beide Völker liegen mir am Herzen. Derzeit erlebe ich auf beiden Seiten, wie Propaganda für den Krieg gemacht wird. Viel wird darüber berichtet, was die andere Seite getan habe. Es ist sehr fraglich, ob das jeweils stimmt oder ob es nur dazu dient, die eigene Position zu stärken, die eigene Propaganda fortzuführen. Ich bin der festen Überzeugung, dass im 21. Jahrhundert nur Diplomatie Lösungen bringen kann, nicht aber ein Krieg.

Wie ist Eure Situation in Georgien?
Wir leben hier mit dem Status „Tourist". Wir haben zwar Arbeit, aber die ist sehr schlecht bezahlt. Seit über einem Jahr versuchen wir, über das CUAET-Programm nach Kanada zu kommen. Das wird von der kanadischen Regierung für ukrainische Staatsbürger angeboten, um dort für drei Jahre einen Aufenthalt zu bekommen.

Wie haben Verwandte und Bekannte auf Eure Entscheidung reagiert, nach Georgien zu gehen?
Nachdem ich die Ukraine verließ, kritisierten mich viele Bekannte. Inzwischen sagen mir einige, dass dies die richtige Entscheidung gewesen sei, weil jetzt alle Männer wie Kriminelle verhaftet und gewaltsam in den Krieg geschickt werden. Andere schwimmen einfach mit dem Strom mit: Es wird so kommen, wie es kommen wird.
Meine Familie aus der Ukraine und auch die Familie meiner Frau aus Russland unterstützen unsere Entscheidung.

** Name geändert.*
Das Interview führte Rudi Friedrich.

Im Porträt

Ukraine: Einsatz für Kriegsdienstverweigerer

Yurii Sheliazhenko ist Geschäftsführer der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung und lebt und arbeitet in Kiew. Von seinem Büro aus unterstützt er Kriegsdienstverweigerer in der Ukraine, denen eine Einberufung zum Militär, der Einsatz an der Front oder Strafverfolgung droht.

Foto: EBCO

Yurii Sheliazhenko erwarb 2021 einen Master of Mediation and Conflict Management und 2016 einen Master of Law. Neben seinem Engagement in der Friedensbewegung ist er Journalist, Blogger, Menschenrechtsverteidiger und Jurist. 2022 erhielt er den Friedenspreis des International Peace Bureau.
Yurii Sheliazhenko engagierte sich für Vitaly Alekseenko, einem Kriegsdienstverweigerer, der zu einem Jahr Haft verurteilt worden war. Andere Kriegsdienstverweigerer wurden sogar zu drei oder vier Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Mit ausführlichen Stellungnahmen und einer von ihm vor-bereiteten internationalen Kampagne konnte erreicht werden, dass der Kriegsdienstverweigerer nach einem halben Jahr aus der Haft entlassen wurde. Das Verfahren gegen Vitaly Alekseenko ist allerdings noch anhängig.
Am 3. August 2023 brach der ukrainische Sicherheitsdienst in die Wohnung von Yurii Sheliazhenko ein und führte eine Durchsuchung durch. Ihm wird vorgeworfen, mit einer Erklärung der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung die „russische Aggression zu rechtfertigen", obwohl es darin heißt: „Wir verurteilen die russische Entscheidung, am 24. Februar 2022 in die Ukraine einzumarschieren."
Im Zuge des Verfahrens wurden sein Telefon, sein Computer und verschiedene Dokumente der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung beschlagnahmt. Zudem wird ihm seitdem der Prozess gemacht. Das Gericht verhängte gegen ihn einen teilweisen Hausarrest. Das Verfahren ist anhängig.
Connection e.V., das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung, der Internationale Versöhnungsbund und War Resisters' International fordern die Einstellung des Verfahrens. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist zu respektieren. Die Organisationen rufen zu seiner Unterstützung auf: **https://tinyurl.com/4kb554c7.**

Berichte und News aus dem Netzwerk

Russland
Einstufung als „ausländischer Agent"
(30. Juni 2023) Die Bewegung für Kriegsdienstverweigerung Russland wird offiziell als „ausländischer Agent" eingestuft. Das Justizministerium der Russischen Föderation beschuldigt die Organisation, sie verbreite falsche Informationen über die Entscheidungen und die Politik der Regierung und stelle sich außerdem gegen die militärischen Aktionen Russlands in der Ukraine. Für die derzeitige Regierung der Russischen Föderation sind diese Anschuldigungen ausreichend, um die Stigmatisierung der Organisation zu rechtfertigen. Trotz dieser Drohung setzt sich die russische Bewegung für Kriegsdienstverweigerung weiterhin für diejenigen ein, die sich dem Krieg und einer zwangsweisen Einberufung widersetzen.

Ukraine
Auslieferung angedroht
(7. September 2023) Präsident Selenskij kündigte an, Auslieferungsanträge zu stellen, um all diejenigen Militärdienstpflichtigen zu rekrutieren, die aus der Ukraine geflüchtet sind. Sie alle erhalten derzeit aufgrund der Massenzustromrichtlinie einen befristeten humanitären Aufenthalt.
Sie sind geflohen, weil sie sich nicht für den Krieg rekrutieren lassen wollen. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Tatsache ist, dass in der Ukraine jede legale Möglichkeit, den Kriegsdienst zu verweigern, ausgesetzt worden ist. Kriegsdienstverweigerer werden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.
Die Ankündigung von Präsident Selenskij hat keine rechtliche Grundlage. Nach Artikel 4 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens darf bei Militärstrafvergehen keine Auslieferung stattfinden. Eine Überstellung wäre illegal. Das gilt für alle Länder der Europäischen Union.

Russische Organisationen
Appell an die Europäische Union
(20. September 2023) Russische Organisationen wenden sich an die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten. Sie fordern einen einheitlichen Schutz russischer Staatsbürger, Einreisemöglichkeiten in die Europäische Union und eine Unterstützung der Organisationen, die sich für flüchtige Militärdienstpflichtige einsetzen. Der Aufruf wird unterstützt von mehr als 90 Organisationen.
connection-ev.org/article-3871

Ukraine
Demobilisierung gefordert
(27. Oktober 2023) In den ersten Wochen nach der Invasion meldeten sich Hunderttausende von Ukrainern freiwillig zum Dienst an der Front. Doch viele dieser ersten Rekruten sind inzwischen tot, verwundet oder traumatisiert. Angehörige von Militärangehörigen führten in Kiew eine Kundgebung durch, mit der sie ein Recht auf Demobilisierung nach 18 Monaten Armeedienst einfordern.

Aktionswochen
Zum Internationalen Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember, ruft das Netzwerk der **#ObjectWarCampaign** zu Aktionswochen auf: Europaweit wird es Aktionen, Mahnwachen, Veranstaltungen und Demonstrationen geben. Gemeinam fordern wir von den Regierungen Russlands, Belarus' und der Ukraine: Stellen Sie die Verfolgung von Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen umgehend ein!
Wir fordern von der EU und der Bundesregierung: Öffnen Sie die Grenzen! Geben Sie Kriegsgegner*innen die Möglichkeit der Einreise in die Europäische Union! Schützen Sie Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine und geben Sie ihnen Asyl!

www.objectwarcampaign.org

Ukraine
3 Jahre Haft
(1. November 2023) Zu drei Jahren Haft verurteilt wurde der Kriegsdienstverweigerer Dmytro Zelinsky, ein Adventist. Er wird die Strafe in der Haftanstalt Kolomyia verbüßen. Insgesamt sind inzwischen ein Dutzend Urteile gegen Kriegsdienstverweigerer in der Ukraine bekannt geworden. Die meisten Haftstrafen wurden zur Bewährung ausgesetzt.

Netzwerk intern
Danke für die Spenden
(30. November 2023) Wir bedanken uns für die Unterstützung der **#ObjectWarCampaign**. Damit können wir die Arbeit mit und für Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine weiter voran treiben. Bislang konnten wir etwa 230.000 € für diese Arbeit einwerben. Aufgewendet haben wir bislang etwa 190.000 €.

Connection e.V.
Internationale Arbeit für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure

Wir setzen uns aktiv für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein. Wir unterstützen verfolgte Kriegsdienstverweiger*innen in Zusammenarbeit mit Gruppen und Organisationen, die sich in ihren Ländern gegen Krieg, Militär und Wehrpflicht engagieren.

Die prekäre Situation im Herkunftsland zwingt viele Kriegsdienstverweiger*innen zur Flucht. Die Verweigerung wird jedoch zumeist nicht als Asylgrund anerkannt. Wir bieten ihnen Beratung und Unterstützung an. Zudem fördern wir die Selbstorganisation von Flüchtlingen.

Derzeitige Schwerpunktländer unserer Arbeit sind die am Krieg in der Ukraine beteiligten Länder sowie Türkei, Eritrea, Kolumbien, Südkorea und Israel.

Diese Beilage legt den Schwerpunkt auf die #ObjectWarCampaign. Zu **Israel/Palästina** haben wir Beiträge von Kriegsdienstverweiger*innen zusammengestellt unter **www.Connection-eV.org/mesarvot**.

Connection e.V. wurde mehrfach ausgezeichnet: 1996 mit dem Aachener Friedenspreis, 2001 mit dem Siegmund-Schultze-Förderpreis und 2009 mit dem Martin-Niemöller-Stiftung Förderpreis.

Spendenaufruf
#ObjectWar Campaign
#StandWithObjectors

Unterstützen Sie Deserteur*innen und Verweiger*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine. Wir haben für diesen Zweck ein eigenes Spendenkonto bei Connection e.V. eingerichtet:

IBAN DE47 5055 0020 0006 0853 77
Sparkasse Offenbach, BIC HELADEF1OFF

Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Für eine Spendenquittung bitten wir um Angabe Ihrer Adresse. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Wir danken PRO ASYL für die finanzielle Föderung des Projekts.

Weitere Infos

Hier veröffentlichte Artikel und weitere Informationen sind zu finden über die Website www.Connection-eV.org/ObjectWarCampaign. In der online-Version sind zu den einzelnen Artikeln auch Quellen angegeben.

Impressum
Beilage in der Wochenzeitung Freitag
30. November 2023
Fotos und Grafiken: Connection e.V., Hendrik Haßel, Zani Arkadina, EBCO
ViSdP: Rudi Friedrich, Connection e.V.
Herausgegeben von Connection e.V.
Von-Behring-Str. 110, 63075 Offenbach
Tel.: 069 8237 5534
office@Connection-eV.org
www.facebook.com/Connection.eV
www.Connection-eV.org